

Zur Zukunfts
 19.4.21.
 Politischer Bericht No. 21/21.
 =====

E. A.
 Berlin, den 16. April 1921.

P/Mg.
Zurück 20.4.21

Herr Bundesrat,

Ich traf gestern im Vorzimmer des Reichsministers Dr. Simons den französischen General Mollet, der eben von einer längeren Konferenz mit Dr. Simons kam und mich mit den Worten begrüßte: "Eh bien, Monsieur le Ministre, je vous laisse le champ libre", worauf ich ihm antwortete: "Pourvu qu'il soit bien libre".

Offenbar wollte der General durch seine Bemerkung auf das hier allgemein verbreitete und geglaubte Gerücht hinweisen, nach welchem die Schweiz die Vermittlung zwischen Deutschland und den Alliierten übernommen hätte. Wie sehr diese Meinung verbreitet ist, mögen Sie auch daraus schließen, dass der Niederländische Gesandte mir gestern unter vier Augen sagte: "Vous avez entrepris une bien grosse action". Dass ich in diesen Tagen von allen Seiten angefragt worden

An den

Chef des Eidgen. Politischen Departements,
 Herrn Bundesrat M o t t a,

B e r n .



bin, ob etwas Wahres an diesen Zeitungsmeldungen sei, ist beinahe selbstverständlich. Leider konnte ich immer nur die gleiche Antwort erteilen, dass ich gar nichts wisse und von meiner Regierung keinerlei Bericht erhalten habe über den Inhalt der Besprechungen, die in Bern gepflogen worden sein mögen. Ich fügte aber stets hinzu: Nach meiner persönlichen, durch keinerlei Sachkenntnis getrübt Ansicht ist es in hohem Grade unwahrscheinlich, dass die Schweizerische Regierung um eine Vermittlung angegangen worden ist und völlig ausgeschlossen, dass eine Vermittlung zugesagt oder gar angeboten worden wäre. Heute lese ich in den Zeitungen das Dementi der schweizerischen Depeschagentur, das mir beweist, dass ich richtig vermutet hatte.

Herr Simons hat mir wenige Stunden nach seiner Ankunft einen sehr freundschaftlichen Brief geschrieben, um mir zu sagen, dass er am liebsten sofort selbst zu mir gekommen wäre, um mir auch zu Handen des Bundesrates nochmals herzlichen Dank zu sagen für die freundliche Aufnahme, die er in der Schweiz gefunden habe und für die wertvollen Gesichtspunkte, die ihm bei den Besprechungen in Bern eröffnet worden seien. Er fügte bei, dass er leider in den nächsten Tagen nicht dazu kommen werde, mich zu besuchen oder mich zu empfangen. Auf gestern Abend hat er mich dann zu sich gebeten, um mir ungefähr folgendes zu sagen: Die Absicht der Deutschen Regierung, vor dem 1. Mai mit neuen Vorschlägen für die Lösung der Reparationsfrage hervorzutreten, bestehe unverändert fort und werde von allen Mitgliedern des Kabinetts

und von den maßgebenden Parteien des Reichstages gestützt. Die Zahl derjenigen, welche auf dem Standpunkte der Negation verharren wollen, sei nur mehr sehr klein. Die Form, unter welcher diese Vorschläge das Licht der Welt erblicken sollen, stehe noch nicht fest und lasse sich deshalb noch nicht entscheiden, weil inzwischen das Anerbieten einer dritten Macht - ich kann leider nicht mit Bestimmtheit sagen, ob der Minister von einer "dritten" oder von einer "neutralen" Macht gesprochen hat und ich durfte ihn nicht weiter darnach fragen, weil er diesen Teil seiner Mitteilungen in absolutes Geheimnis kleidete- eingetroffen sei, die Vermittlung zu übernehmen. Dieses Anerbieten enthalte zugleich einen positiven Vorschlag für die materielle Lösung der Streitfragen und es sei daher Aufgabe der Reichsregierung gewesen, sich vorerst über diese materielle Seite der Frage schlüssig zu machen. Die Sache sei gestern so weit gediehen, dass das Kabinett sich einstimmig bereit erklärt habe, den Vermittlungsvorschlag und dessen materielle Verhandlungsgrundlage anzunehmen. Worin diese Grundlage besteht, durfte mir der Minister nicht sagen, weil er durch sein Wort gebunden sei. Er deutete nur an, dass dieser Vorschlag wesentlich günstiger sei für Deutschland als andere Eröffnungen, die ihm gelegentlich von privater Seite gemacht worden seien zum Zwecke der Einleitung einer privaten Vermittlung.

Es ist nun zu gewärtigen, ob eine Verständigung auf dieser Grundlage erzielt werden kann. Der Minister schien mir nicht sehr zuversichtlich und erblickt den Wert dieser Vermittlung hauptsächlich darin, dass vielleicht die Alliierten dadurch veranlasst werden, Gegenvorschläge zu machen, die

sich in der Richtung von Anregungen bewegen, die ihm von privater Seite gemacht worden seien. Die Deutsche Regierung sei selbstredend bereit auch solche Gegenvorschläge unter dem Gesichtspunkte zu prüfen, dass Deutschland bis an die Grenze des irgend Möglichen gehen müsse.

Auf meine Frage, ob er glaube, dass durch diese Vermittlung die Ausführung der französischen Drohungen zum 1. Mai vermieden werden könne, antwortete Simons sehr skeptisch. Er hat den Eindruck, dass die französische Regierung den Stein nicht mehr aufhalten könne und übrigens auch nicht aufhalten wolle, den sie mit so viel Geräusch ins Rollen gebracht habe und er fürchtet sehr, dass sich aus diesen erweiterten Sanktionen eine Lage ergeben werde, die eine Verständigung verunmöglichen müsste. Vor allem glaubt er, dass die Besetzung weiteren Gebietes sich auch auf den Osten ausdehnen werde und dass sich daraus blutige Zusammenstöße mit den Polen ergeben werden. Ueberhaupt schien er mir die Lage sehr pessimistisch zu beurteilen und mit der Wahrscheinlichkeit neuer kriegerischer Verwicklungen zu rechnen. Mehr noch als die Folgen eines Konfliktes mit polnischen Truppen schien er die Gefahren zu fürchten, die innerhalb Deutschlands bestehen und die direkt zum Bürgerkrieg führen können. Er ist überzeugt, dass grosse Teile des deutschen Volkes die erneuten Gewaltmaßnahmen nicht ohne Widerstand hinnehmen werden und dass sich daraus Blutvergießen und andere Folgen ergeben werden, die noch gar nicht zu übersehen seien.

Ich sprach gestern auch mit Staatsminister a.D. S c h i f f e r, der mich über die parlamentarische Lage unter-

richtete. Er bestätigte vor allem, dass die führenden Parteien insgesamt entschlossen seien, der Regierung auf dem Wege neuer Vorschläge und weitgehender Konzessionen zu folgen und sprach mir von den vielfachen Bemühungen des englischen Botschafters Lord D'Abernon, eine Verständigungsgrundlage zu finden. In England habe der Gedanke der Uebernahme sämtlicher Schulden an die Vereinigten Staaten durch Deutschland entschieden an Boden gewonnen. Und in Frankreich scheine man sich für den Gedanken der wirtschaftlichen Beteiligung des französischen Kapitals in Deutschland zu interessieren. Zweifellos ist, dass augenblicklich starke Kräfte am Werk sind, um im letzten Augenblick ein terrain d'entente zu finden, aber die Zuversicht ist nirgends gross, dass es gelingen werde zu einer Verständigung zu gelangen. Vorgestern sah ich den neuen Vertreter der Tschechoslowakei in sehr langem Gespräche mit dem französischen Botschafter und erfuhr nachher durch Tusar, dass er sich bemüht habe, Laurent von den Gefahren zu überzeugen, welche die angedrohten Sanktionen für die Tschechoslowakei in sich schliessen.

Der Vertreter der Vereinigten Staaten, Dresel, liess mir gestern sagen, ich möchte doch dahin wirken, dass die deutsche Regierung die neuen Vorschläge mit D'Abernon und Laurent bespreche **b e v o r** sie an die Alliierten gesandt werden. Simons antwortete mir darauf, dass davon schon deshalb nicht die Rede sein könne, weil voraussichtlich diese Vorschläge gar nicht direkt durch die deutsche Regierung an die Gegenpartei gelangen werden. Zudem schien Simons die Ansicht zu haben, dass nach bisherigen Erfahrungen die Vorbesprechungen mit den hiesigen Vertretern der Entente der Sache

mehr schaden als nützen, weil sie dazu führen, dass von hier aus der Boden für die Negation vorbereitet werde.

Unglücklicherweise spielen diese Schwierigkeiten der internationalen Lage in die interne deutsche Politik hinein und machen dort die Bildung einer starken Regierung im Reich und in Preussen unmöglich. Es scheint festzustehen, dass die Sozialdemokraten deshalb nicht in die Regierung eintreten wollen, weil sie damit rechnen, dass die erweiterten Sanktionen zu schweren inneren Erschütterungen führen werden und weil sie beabsichtigen, diese Krise auszunützen, um den entscheidenden Vorstoss gegen das bürgerliche Element zu unternehmen. Es soll dann eine rein sozialistische Regierung gebildet werden. Trotzdem werden natürlich die Bemühungen fortgesetzt, in Preussen und im Reiche eine Regierung auf tragfähiger parlamentarischer Grundlage zu schaffen. Simons bezeichnete mir die Lage gestern als hoffnungslos, während Schiffer, auf dessen Urteil ich in dieser Frage mehr gebe, es nicht für ausgeschlossen hält, dass man sich mit Hilfe von Ebert verständigen und auch im Reiche eine Regierung auf breiterer Grundlage zu Stande bringen werde. Und zwar ist er der Meinung, dass man in diesem Falle den Posten des Reichskanzlers den Sozialdemokraten, deren Kandidat der frühere Reichskanzler Hermann Müller wäre, überlassen, aber darauf bestehen würde, dass das Ministerium des Auswärtigen einem Bürgerlichen, wenn möglich Simons verbleibe. Als Gegengewicht gegen den sozialistischen Reichskanzler würde man einen bürgerlichen Vizekanzler ohne Portefeuille schaffen, der die Verbindung zwischen den Regierungen in Preussen und im Reich herzustellen hätte. Wenn ich richtig kombiniere, würde dann diese Stelle für Schiffer

geschaffen werden.

Die Stellung von Simons wird allgemein als schwer erschüttert betrachtet. Was man ihm am wenigsten verzeiht, das ist das Interview mit Sauerwein, der hier zu den am schlechtesten kotierten Journalisten gehört. Ich glaube aber trotz allem, dass Simons auch in einem neuen Ministerium seinen Posten beibehalten wird, weil Niemand da ist, der an seine Stelle gesetzt werden könnte und weil er eben doch allgemein als ein durch und durch loyaler Mensch und gescheiter Kopf anerkannt wird. Schiffer scheint diese Ansicht zu teilen und versprach mir, in dieser Richtung zu wirken.

Der italienische Botschafter soll heute Abend zurückkehren. Sein Stellvertreter sprach mir gestern sehr besorgt von den bevorstehenden Ereignissen und fürchtet namentlich den verheerenden Effekt einer Blockade von Hamburg, die er für wahrscheinlich hält. Hier scheint man nicht an diese Möglichkeit zu glauben und ich muss gestehen, dass ich diese Auffassung teile. Was hätte es auch für einen Zweck, die Deutschen neuerdings mit einer Hungersnot zu überziehen, wenn man sich doch sagen muss, dass dabei nichts für die Leistungsfähigkeit herauskommen kann.

Schließlich möchte ich noch berichten, dass man in hiesigen diplomatischen Kreisen die Sache des Völkerbundes als verloren betrachtet nachdem Harding sich in so entschiedener Weise davon abgesagt hat. Ein neutraler Diplomat bezeichnete gestern diese Lage "ein grosses Fiasco, bei welchem die Bauern, die meist Gegner waren, richtiger gesehen hätten als die Politiker".

Zum Schlusse habe ich noch zu melden, dass der

Tschechoslowakische Gesandte T u s a r mir in besonders herzlicher und freundschaftlicher Weise von den Beziehungen zur Schweiz sprach und voll Anerkennung war für alles, was die Schweiz direkt und indirekt für die Sache der Successionsstaaten getan habe. Diese Aeusserungen sind in so solenner Form gemacht worden, dass ich sie in offizieller Weise beantwortet und mitgeteilt habe, dass ich Ihnen davon amtlich Kenntnis geben werde. Herr Tusar, der zweifellos zu den maßgebenden Politikern der Tschechoslowakei gehört, fügte seinen politischen Bemerkungen einige sehr freundschaftliche persönliche Worte bei, indem er mich bat, Hand bieten zu wollen zu einem möglichst regen persönlichen Verkehr und Meinungsaustausch.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte in Deutschland:

Mantus